

Mag. Christine Biegl, Mag. Maria Kulhanek  
pGRg 13, Schloßberggasse 17  
1130 Wien

An die  
Parlamentsdirektion  
via Email  
begutachtungsverfahren@parlament.gv.at

## **STELLUNGNAHME**

zum Entwurf der Dienstrechtsnovelle 2013 - Pädagogischer Dienst

Sehr geehrte Damen und Herren!

Als altgediente Lehrerinnen an der AHS sind wir fassungslos, wie wenig Wertschätzung uns und unserer Arbeit durch unseren Dienstgeber entgegengebracht wird. Auch die hin und wieder in den Medien durch unsere Ministerin vorgebrachten Freundlichkeiten können den Eindruck nicht schwächen, dass hier ein ganz massives **Lehrermobbing** betrieben wird.

Wir wollen betonen, dass wir seit Jahren immer wieder in die Situation gebracht werden, uns für unsere Entlohnung rechtfertigen zu müssen. Die eingeforderte Rechtfertigung wird aber zu Unrecht als Jammern interpretiert (Schmied: „Leidensgemeinschaft“). Auf Dauer ist dies alles **demotivierend**.

**Wer hat wirklich Einblick, was an Schulen geleistet wird?** Offensichtlich niemand, der die Gesetzesvorlage zum neuen Lehrerdienstrecht „mitfabriziert“ hat. Dabei würde es schon genügen, einen **Jahresbericht** in die Hand zu nehmen oder auf eine **Schulhomepage** zu schauen. Die Überfülle an Aktivitäten, die dort angeführt werden, zeigt deutlich, welchen Einsatz LehrerInnen leisten. In den meisten Fällen arbeiten Kolleginnen und Kollegen dafür sicher mehr als 40 Wochenstunden (wir glauben, dass niemand der Mitarbeiter am Gesetzesentwurf eine Ahnung davon hat, welchen Zeitaufwand allein die Organisation einer Projektwoche, einer Exkursion oder eines Unterrichtsprojekts erfordert!).

Eine Erhöhung der Lehrverpflichtung würde dazu führen, dass viele Tätigkeiten, die außerhalb der Unterrichtszeit stattfinden (und teilweise nicht nur dem Lernen dienen sondern auch soziale Funktion haben), **aus Zeitmangel entfallen** müssten. Zwei Stunden mehr in der Klasse (was mindestens eine zusätzliche Klasse und dadurch mindestens 5 Stunden Mehraufwand für den einzelnen Lehrer und nicht wie hier falsch suggeriert wird mehr Zeit für die einzelnen SchülerInnen bedeutet) führt also zu keiner Qualitätssteigerung des Unterrichts, sondern ist eine faule Ausrede für eine Sparmaßnahme, die mit Sicherheit die ganze Beamtenschaft treffen wird.

**Apropos Qualitätssteigerung:** Humor haben die für die Gesetzesvorlage zum neuen Lehrerdienstrecht Verantwortlichen zumindest mit der Idee bewiesen, jeder Lehrer/jede Lehrerin könne unabhängig von seiner/ihrer Ausbildung für jeden Gegenstand eingesetzt werden. Sollte es sich hierbei nicht um einen Scherz handeln, lässt sich nur vermuten, dass die (in unseren Augen fragwürdige gemeinsame) Ausbildung für die zukünftigen LehrerInnen nicht mehr auf Fachwissen abzielen wird. In diesem Falle fänden wir es angebracht, zu überlegen, ob nicht auch die zur Unterstützung der LehrerInnen gedachten Postbediensteten zum Unterrichten eingesetzt werden könnten.

Wir wollen in Ruhe unsere Arbeit machen dürfen, mit dem Engagement wie bisher und ohne ständige Denunzierungen. Wir sind an einer **Qualitätssicherung** jederzeit interessiert und für darauf abzielende Vorschläge jederzeit offen.

Wenn die Regierung aufgrund der hohen **Staatsverschuldung** Einsparungen vornehmen muss, dann soll sie dies **nicht auf Kosten des Bildungssystems** und damit auf Kosten der **Zukunft unseres Landes** tun.

**Wir fordern Ehrlichkeit.**

Mit freundlichen Grüßen

Christine Biegl, Maria Kulhanek eh.

**PS.:** Nebenbei muss auch einmal darauf hingewiesen werden, dass sich LehrerInnen nahezu sämtliches Unterrichtsmaterial (vom Bleistift bis zum Nachschlagewerk) selbst kaufen müssen.